

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888848 pbbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Christoph Zöpel MdB stellt Ansprüche an die Haushaltsgestaltung: Gerecht und vernünftig.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB fordert die 0,5-Promille-Grenze: Tödliche Unfälle verhindern.

Seite 2

Dagmar Roth-Behrendt MdEP verlangt aktiven Umweltschutz: Richtlinie gegen Pestizide nicht verwässern.

Seite 3

Dokumentation

Bischof Franz Kamphaus sprach auf einer entwicklungspolitischen Konferenz in Bonn: Das Überleben aller sichern. Wortlaut

Seite 4

Neue Adresse ab 1.1.1994

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53337 Bonn

48. Jahrgang / 237

13. Dezember 1993

Gerecht und vernünftig Ansprüche an die Gestaltung der Haushalts-Sanierung

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Der Bundeshaushalt 1994 sieht Ausgaben von 480 Milliarden DM vor, darunter 53 Milliarden DM für Zinsen, und eine Neuverschuldung von 69 Milliarden DM. Der Landeshaushalt NRW hat Ausgaben von 83 Milliarden DM, darunter acht Milliarden DM für Zinsen und eine Neuverschuldung von sieben Milliarden DM. Für die Gemeinden lassen sich vergleichbare Haushaltszwänge aufzeigen. Es ist daher hohe Zeit, politische Erwartungen, politische Sprachmuster und politische Verhaltensweisen zu ändern - für die meisten Bürgerinnen und Bürger, für Regierungen und Abgeordnete, für Parteien in ihrem demokratischen Wettstreit, für Verbände und Gewerkschaften.

Zusätzliche Ausgaben des Staates und der Kommunen sind nicht zu verantworten, im Gegenteil, in vielen Aufgabenbereichen öffentlichen Handelns sind Kürzungen notwendig. Das mag viele Bürgerinnen und Bürger enttäuschen. Aber der einfache Grundsatz: Wer Zusätzliches vom Staat will, sollte auch vorschlagen, wie dies zu finanzieren ist - kann durchaus ein Grundsatz demokratischer politischer Kultur werden.

Immer irreführender wird es, wenn Bund, Länder und Gemeinden gegenseitig fordern, die andere Ebene müßte bestimmte politische Aufgaben finanzieren; denn sie können es alle nicht. Der Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Kommunen sollte sich verbindlich verständigen, was finanziell möglich ist, auch um politisch überflüssiges Geschwätz zu beenden.

Der Wettstreit zwischen den politischen Parteien muß darum gehen, wie die Sanierung der Haushalte sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig erfolgt. Regierungsprogramme sind nicht allein danach zu beurteilen, was die Parteien finanzieren, sondern auch danach, was sie nicht mehr finanzieren wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Prossahaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mt.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Lebensfähige Energie
auf nicht-alkoholischen
Recycling-Papier



Zwei Beispiele:

1. Wohnungsnot

Es fehlen bezahlbare Wohnungen für Einkommensschwächere, ja auch für Durchschnittsverdiener. Mehr Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung sind aber nur zu finanzieren, wenn die steuerliche Förderung von Luxusneubauten, von Modernisierungen, des Erwerbs von Häusern eingeschränkt wird, bis der Mangel beseitigt ist; vielleicht lassen sich auch die Grundsteuern anheben.

2. Verkehrschaos

Selbst die Automobilindustrie sieht, daß zuviel Verkehr vom Auto bewältigt werden muß; die Umwelt leidet darunter. Die Alternative, ein funktionsfähiges System von Bussen und Bahnen, vor allem auch für die dünner besiedelten Regionen, erfordert einen schnellen Investitionsschub. Er läßt sich nur bezahlen, wenn die Mineralölsteuer erhöht wird. 20 bis 30 Pfennig mehr für den Liter, bei Ausgleich für Berufspendler ohne Alternative und dafür neue Schienen, mehr Busse, intelligente Straßen, fußgänger- und fahrradfreundliche Städte.

Beide Beispiele tun manchem weh. Aber demokratische Politik in Deutschland steht vor einer neuen Bewährung: Verbesserungen lassen sich nur bezahlen, wenn bislang hingenommene, für viele nicht unbequeme Fehlentwicklungen, beendet werden.

(-/13. Dezember 1993/rs/ks)

Entscheidung für 0,5 Promille überfällig!

Die Erkenntnis, daß viele tödliche Unfälle verhindert werden können, darf nicht folgenlos bleiben

**Von Klaus Dauberlehäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Fachwelt ist sich einig: Eine Absenkung der Promillengrenze auf 0,5 und eine Intensivierung der Kontrollen durch Einsatz elektronischer Atemtestgeräte ist dringend geboten, um die hohe Zahl alkoholbedingter Verkehrsunfälle zu reduzieren. Zwischen 0,5 und 0,8 Prozent beträgt die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit Todesfolge das vier- bis fünffache gegenüber einem nüchternen Fahrer. Dies kann nicht länger toleriert werden. Die Diskussion um die Absenkung der Promillengrenze droht dennoch wegen der Handlungsunfähigkeit der Koalition zu einer unendlichen Geschichte zu werden.

Nachdem die Sozialdemokraten mit Nachdruck darauf bestanden haben, noch in diesem Jahr eine Beschlußfassung des Verkehrsausschusses zu in dieser für die Verkehrssicherheit zentralen Frage herbeizuführen, hat die Koalition - angeführt von der FDP - das Thema erneut von der Tagesordnung abgesetzt. Die Absicht ist klar: Es soll mit allen Mitteln versucht werden, das der FDP und Teilen der CDU/CSU-Fraktion unangenehme Thema solange liegen zu lassen, bis die Legislaturperiode vorbei ist.

Dabei ist die Absenkung der Promillengrenze und der Einsatz der elektronischen Atemalkoholanalyse längst entscheidungsreif. Seit Sommer 1991 (!) liegt ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion und ein inhaltsgleicher Gesetzentwurf des Bundesrates dem Parlament zur Entscheidung vor. Vor der Sommerpause dieses Jahres hat der federführende Rechtsausschuß eine Expertenanhörung durchgeführt, die eindeutig den Handlungsbedarf untermauert hat.

Eine deutliche Mehrheit der Wissenschaftler und alle Verkehrssicherheitsorganisationen fordern seit Jahren die Absenkung der Promillegrenze auf 0,5 Promille. Alle Meinungsumfragen belegen, daß auch eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung dies will.

Vor diesem Hintergrund ist die Handlungsunfähigkeit der Koalition ein erneuter Beitrag zur Förderung der Politikverdrossenheit!

(-/13. Dezember 1993/rs/ks)

Richtlinie gegen Pestizide nicht verwässern
Töpfer und Borchert müssen den Umweltschutz ernstnehmen

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP

**Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)
im Europäischen Parlament**

Der Versuch der Bundesregierung, durch die Hintertür die Aufweichung der Pestizid-Richtlinie der Europäischen Union (EU) die strengen Grenzwerte der Trinkwasserrichtlinie im wahrsten Sinne des Wortes zu verwässern, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Bundeslandwirtschaftsminister Jürgen Borchert muß im EU-Ministerrat gegen derartige Versuche stimmen, will er seinem zum Wohl des deutschen Volkes geleisteten Amtseid ernst nehmen. Außerdem muß er auf vorheriger, demokratischer Beteiligung des Europäischen Parlaments bestehen. Es gilt einen schweren Angriff auf Umwelt und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der EU abzuwehren. Borchert kann nun zeigen, ob er seine Verantwortung als Minister ernst nimmt. Nach seinem Versagen bei der Festlegung der ost- und mitteldeutschen Brachflächen und der Bekämpfung der Schweinepest wäre es gut, aus seinem Haus einmal positive Nachrichten zu erhalten.

Ich fordere insbesondere auch Umweltminister Klaus Töpfer auf, entsprechend in der Bundesregierung auf seinen Kollegen einzuwirken. Die Richtlinie für die Vermarktung von Pflanzenschutzprodukten (91/414) sieht vor, daß in einem Annex VI einheitliche Regeln zur Bewertung und Überprüfung von Pflanzenschutzmitteln festgelegt werden. Hierzu hat die EG-Kommission einen Vorschlag unterbreitet. Seine strikten Anforderungen werden der gütigen Trinkwasserrichtlinie gerecht.

Dieser Vorschlag hat aber offenbar einigen Mitgliedstaaten, allen voran der belgischen Ratspräsidentschaft, nicht gefallen. Sie haben einen sogenannten "Kompromiß" erarbeitet, der Pestizide den WHO-Standards unterwerfen soll - oder "anderen wissenschaftlichen Kriterien", von denen niemand weiß, wer diese Kriterien wie festsetzen soll. Dazu muß man wissen: Die WHO-Standards formulieren deutlich schwächere Anforderungen als die Grenzwerte der Trinkwasserrichtlinie.

Eine Aufweichung der bisher sehr beschränkten Zulassung von Pestizid-Pflanzenschutzmitteln ohne ausreichende Überprüfung ihrer Gefährlichkeit und ohne strikte niedrige Grenzwerte wird die Einhaltung der Trinkwasserrichtlinie unmöglich machen.

Es muß befürchtet werden, daß Borchert und Töpfer geneigt sind, leichtfertig mit der Gesundheit der Menschen umzugehen. Glücklicherweise muß nach den Bestimmungen des Vertrages von Maastricht das Europäische Parlament an den Entscheidungen beteiligt werden. Schon jetzt ist klar: Es wird an seiner restriktiven Haltung zu Pestiziden festhalten.

Borchert und Töpfer sei jedoch empfohlen, um des Umwelt- und Gesundheitsschutzes willen, sofort diesen undemokratischen klammheimlichen Versuch der Verachlechterung des Gesundheits- und Umweltschutzes abubrechen. Die deutsche Regierung sollte sich eindeutig gegen dieses Verfahren stellen.

(-/13. Dezember 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Franz Kamphaus: Eine Minimalforderung ist, das Überleben aller zu sichern

Auf der Konferenz "Global verantwortlich wirtschaften", veranstaltet von der SPD und der gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hat Bischof Franz Kamphaus, Vorsitzender der Kommission für Entwicklungsfragen der Deutschen Bischofskonferenz, am 10. Dezember in Bonn einen Vortrag gehalten, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Ich bin kein Mann der Wirtschaft, und ich kann und werde Ihnen kein wirtschaftspolitisches Konzept vorlegen. Warum melde ich mich als Kirchenmann überhaupt zu Wort, wenn es um global verantwortetes Wirtschaften geht?

Investitionen in die "eine Welt" müssen sich nicht nur politisch, wirtschaftlich und inzwischen auch ökologisch verantworten, sondern durch alles hindurch ethisch. Wie kann in einer pluralistischen, in verschiedene Weltanschauungen und Religionen differenzierten Weltgesellschaft eine gemeinsame Basis dafür gefunden werden? Die in verschiedenen Erklärungen und Pakten formulierten Menschenrechte stehen für ein weltweites Ethos der Gerechtigkeit. In sie sind die Weisungen vom Berg Sinai ebenso eingegangen wie die Imperative der politischen Aufklärung. Ihnen sind wir, wo immer wir stehen, verpflichtet. Von den Menschenrechten her läßt sich das Ziel einer Entwicklungszusammenarbeit umfassend und zugleich präzise bestimmen: Es geht um menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle. Es geht darum, daß alle Menschen die ihnen zustehenden Rechte wahrnehmen können. Hier ist - gegen alle individualistische Verengung - zu betonen, daß zu den Menschenrechten nicht nur die individuellen Schutzrechte gegenüber dem Staat und die politischen Teilhaberechte gehören, sondern ebenso die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Sie sind so etwas wie Schutzrechte der Armen. Auch die Wirtschaft steht unter dem Anspruch globaler Verantwortlichkeit, wie sie sich aus den Menschenrechten ergibt. Eine Minimalforderung ist, das Überleben aller zu sichern. Und darüber hinaus geht es um Gerechtigkeit für alle, und um eine Weltsozialpolitik.

Der Norden ist primär nicht gefragt, welche neuen Konzepte er dem Süden anbieten will, sondern wie er sich selbst verändern muß, damit Nord und Süd eine gemeinsame Chance bekommen. Wie können der Energieverbrauch und die Belastung der Umwelt bei uns auf ein Maß reduziert werden, das als sozial- und umweltverträglich global übertragbar ist? Bisher ist es so: Etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung in den reichen Ländern sind für etwa 80 Prozent des weltweiten Ressourcenverbrauchs und der globalen Umweltbelastung verantwortlich. Unser Modell der Industrie-Zivilisation ist nicht verallgemeinerbar. Eine Übertragung unseres umweltbelastenden Lebensstils auf den bevölkerungsreichen Süden würde zu einem raschen Kollaps führen.

Gesucht wird ein neues Entwicklungsmodell auch und gerade für den Norden. In unserem Nachbarland wurde vor kurzem die Studie zum Thema 'Sustainable Netherlands' veröffentlicht. Darin wird aufgezeigt, daß der Ressourcenverbrauch um 70 Prozent gesenkt werden müßte, damit die Menschen im Süden und zukünftige Generationen vergleichbare Lebenschancen haben wie wir. Das Spannende ist - so heißt es - daß am Ende des erforderlichen Strukturwandels in den Niederlanden nicht Massenarmut und Entbehrung stehen. Durch eine Kombination von Effizienzrevolution und zumutbarem Verzicht läßt sich auch im neuen Modell leben - aber eben global sozial und umweltverträglich.

Ich frage die Politiker, die Wirtschaftler: Wo gibt es bei uns Ansätze zu solchen Überlegungen? Und sind die wenigen vorhandenen (wie etwa von Ernst-Ulrich von Weizsäcker) überhaupt ernsthaft aufgegriffen worden? Geht nicht unsere Energiepolitik mit dem wachsenden Verbrauch nichtregenerierbarer Energien in die falsche Richtung? Misereor hat übrigens zusammen mit dem BUND und dem Wuppertal-Institut ein Projekt 'Sustainable Germany' begonnen. Auf die Ergebnisse darf man gespannt sein.

Es geht auch um Änderungen im Lebensstil

Es geht nicht nur um das Umsteuern auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, es geht auch um Änderungen im Lebensstil. Die können von jedem Einzelnen, von kleinen Gruppen, auch von Verbänden und Parteien angegangen werden. Dazu zähle ich 'Transfair'. Dort werden höhere Preise für Produkte aus den Ländern des Südens gezahlt, damit die Kleinbäuerinnen und -bauern gerechter entlohnt werden. Auch ökologisch motivierte Steuern (zum Beispiel auf den Energieverbrauch) können den erforderlichen Strukturwandel vorbereiten.

Diese Argumentation setzt freilich voraus, daß über die normative Grundposition einer universalen Gerechtigkeit und damit zugleich einer globalen Verantwortung ein Konsens besteht. Ist das noch so? Die Aufkündigung dieses Konsenses ist im Gange. In der Literatur zeigt sich dies etwa in der Argumentation von H. M. Enzensberger 'Aussichten auf den Bürgerkrieg' (Frankfurt 1993). Die Argumentation dieser verbreiteten Denkrichtung läuft etwa so: 'Auch wenn ein Umbau der Industriegesellschaften gelingen sollte, wird eine riesige Differenz zwischen den Industrieländern und den armen Ländern des Südens bleiben. Also ist es falsch, alle Länder dieser Erde unter ein gemeinsames Maß zu stellen. Mindestens zwei Maße müssen her: eines für die Industrieländer und eines für die armen Länder des Südens. Letztere müssen sich auf Dauer mit einem niedrigeren Entwicklungsniveau begnügen. (Damit wird das System globalisiert, was sich inzwischen mehr und mehr in den Industriegesellschaften etabliert.)' Man kann diese Argumentation mit Denkfiguren aus der Kulturdebatte durchaus 'fortschrittlich' drapieren. Dahinter stehen allemal Umschichtungen in den moralischen Grundlagen, deren Auswirkungen unabsehbar sind. Denn etwas pointiert gesagt lautet dieses Argument: Angesichts der Tatsache, daß wir ohnehin nicht allzu erfolgreich in der Realisierung globaler Gerechtigkeit waren, sollten wir daraus eine pragmatische Konsequenz ziehen: Verzichten wir auf das ohnehin Überfordernde Ideal der Gerechtigkeit für alle.

Enzensberger (ein Seismograph des Zeitgeistes): 'Wir sollen uns die Namen von Gangstern merken, die wir kaum richtig aussprechen können, und uns um islamische Sekten, afrikanische Milizen und kambodschanische Fraktionen kümmern, deren Beweggründe uns unverständlich sind und bleiben. Wer dazu nicht fähig ist, gilt als hartherziger Ignorant und als egoistischer Wohlstandsbürger, dem es gleichgültig ist, wenn andere leiden' (78). 'Für das Kaschmir-Problem können wir nicht einstehen; von dem Streit zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Tamilen und Singhalesen verstehen wir ziemlich wenig; was aus Angola werden soll, darüber müssen in erster Linie die Angolaner entscheiden. Und bevor wir den verfeindeten Bosniern in den Arm fallen, müssen wir den Bürgerkrieg im eigenen Land austrocknen. Für die Deutschen

muß es heißen: Nicht Somalia ist unser Priorität, sondern Hoyaerswerda und Rostock, Mülin und Solingen. Dazu reichen unsere Handlungsmöglichkeiten, das ist jedem einzelnen zuzumuten, dafür haben wir zu haften" (90f.). Für mehr nicht?

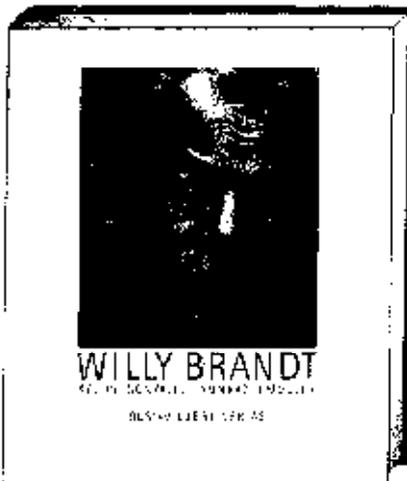
Ein Alarmruf dagegen: Jean-Christophe Rufin "Das Reich und die neuen Barbaren" (Berlin 1993). Das Reich schützt sich wie einst die Römer durch einen Limes vor den Barbaren. Der teilt auch heute die Welt. "Die Limesideologie bietet dem Menschen des Nordens, was er auf der Welt am meisten begehrt: Sicherheit. Aber es handelt sich um einen Pakt. Der Norden, dieser neue Faust, muß, wenn er das ewige Leben will, dies mit einem Verzicht bezahlen. Keine Angst, sagt die Stimme des Versuchers, es ist nicht viel. Das geforderte Opfer ist durchaus nicht beträchtlich, denn was der Pakt im Tausch dafür verlangt, das ist das Glück, die Gesundheit, das Leben der anderen, derer im Süden... Auf der einen Seite Sicherheit für den Norden, eine Art Ewigkeit, und auf der anderen lediglich der Verzicht auf Gerechtigkeit (231).

Europa im Stadium der moralischen Erschöpfung

Wir leben, darüber sollten wir uns nicht hinwegtäuschen, in Deutschland und Europa in einem Stadium der moralischen Erschöpfung. Die "kleine Moral" (J. B. Metz) postmoderner Provenienz ist in, sie ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf allzu langfristige, aber lebenslange Loyalitäten, durch den Selbstverwirklichungsvorbehalt bei jedem Engagement, durch Provinzialität (Standortdebatte, Kirchturnspolitik), Vergleichgültigung gegenüber dem großen Konsens und gegenüber universalen Perspektiven. Diese "kleine Moral" ist die Moral der "befriedigten Mehrheit", die sich kaum um die unbefriedigten Minderheiten schert, die doch in Wahrheit global gesehen die Mehrheit darstellen. Kann diese "kleine Moral" den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht werden? Ob uns der postmoderne Kulturkarneval wirklich weiterhilft? Autonomes Denken darf nicht mit Nazismus verwechselt werden, und Emanzipation nicht mit Willkür. Das Christentum jedenfalls hat der postmodernen Individualisierungslust und Gefühlsseligkeit und seinen religiösen Spielarten in New-Age und Esoterik ins Angesicht zu widerstehen, wenn es sich selbst treu bleiben will. Und, wenn ich recht sehe, die SPD auch!

(-/13. Dezember 1993/rs/ks)

Zum 80. Geburtstag
am 18. Dezember



**»Willy Brandt – ein guter Mensch
und ein wahrer Freund«** FELIPE GONZÁLEZ

Das Porträt des großen deutschen Staatsmanns und Europäers –
mit einem Essay von Felipe González.

Mehr als zwanzig Jahre hat Konrad R. Müller Willy Brandt mit der Kamera begleitet: in Berlin und Bonn, in Norwegen und auf Wanderungen durch Deutschland. Ein Jahr nach Willy Brandts Tod legt er ein Ensemble von größtenteils unveröffentlichten Aufnahmen vor – ein neuer Höhepunkt seiner meisterhaften Porträtkunst, für die Konrad R. Müller vielfach ausgezeichnet wurde. Seine Bildnis-Bände »Konrad Adenauer« (1986) und »Sergiu Celibidache« (1992) wurden von der Stiftung Buchkunst beim Wettbewerb »Die schönsten deutschen Bücher« prämiert.

Der spanische Ministerpräsident Felipe González, der im Reichstag zu Berlin eine bewegende Abschiedsrede auf Willy Brandt hielt, hat ihn als letzter ausländischer Staatsmann vor seinem Tod besucht. In seinem sehr persönlichen Essay schildert er Willy Brandt als Freund, politisches Vorbild und als eine Gestalt von großer Ausstrahlung auf die internationale Sozialdemokratie und nachhaltiger Wirkung auf demokratische Entwicklungen weit über Europa hinaus.

GUSTAV
LÜBBE
VERLAG

120 Seiten, mit 60 Dokument-Abbildungen,
Format 26 x 30,5 cm, Leinen DM 88,-,
ISBN 3-7857-0706-1. Erscheint Anfang Dezember '93